

1. Frage: Welches ist für Sie das wichtigste Projekt für die kommenden Jahre im Landkreis Schweinfurt?

Gerhard Eck (CSU): Es gibt nicht nur ein wichtiges Projekt. Besonders hervorheben möchte ich, die Bildungschancen zu stabilisieren und weiter auszubauen sowie die Ziele der neu gegründeten Allianzen im Landkreis Schweinfurt nachhaltig zu unterstützen. Auch am Ausbau der Infrastruktur ist festzuhalten.

Florian Töpfer (SPD): Zweifellos der Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur. Der demographische Wandel stellt uns vor enorme Herausforderungen. Daher auch unser Wahlprogramm: „Ein Landkreis für alle Generationen“. Das Kreisaltenheim leistet hervorragende Arbeit, bedarf aber der Ergänzung durch dezentrale Einrichtungen und generationenverbindende Netzwerke. Die Geomed-Klinik muss auch unter schwierigen Vorzeichen langfristig erhalten werden. Das Wohnen für Familien soll attraktiver werden.

Birgid Röder (Grüne): Als Erstes eine schnelle Abschaltung des AKW Grafenrheinfeld, die Kinderkrebsstudie macht dies deutlich. Wir müssen regionale Bildungslandschaften gestalten und dabei die Schule im Dorf lassen. Es gilt, die Bildungsreformen sozialverträglich umzusetzen und neue Wege zu gehen. Angesichts des demographischen Wandels müssen z.B. seniorenpolitische Konzepte entwickelt werden. Thema Klimawandel: Es steht eine energetische Sanierung sowie der Bau von Photovoltaikanlagen an.

Ewald Öftring (Freie Wähler): Wirtschaft, Bildung und Gesundheit sind wichtige Felder. Die regionalen Allianzen sollen gestärkt werden. Dies gilt vor allem für die Veränderungen bei den Hauptschulen. Mit der Schaffung von neuen Räumen im Celtis-Gymnasium trägt der Kreis dem Streben nach höherer Bildung Rechnung, auch die Raumprobleme von FOS/BOS müssen gelöst werden. Für die wirtschaftliche Entwicklung brauchen wir ein schnelles DSL-Netz. Der Fortbestand der Geomed-Klinik soll gesichert werden.

Heinz Pohli (Republikaner): Dass jeder Jugendliche im Landkreis eine Lehrstelle bekommt. Vom Bund wurde ein Programm aufgelegt, den Betrieben einen Zuschuss (3000 bis 6000 Euro) pro Jahr zu zahlen, wenn sie zusätzlich einen schwer vermittelbaren Bewerber einstellen. Das sollte der Landkreis ergänzen und für die Soforteingliederung nicht vermittelter Schulabgänger weitere Zuschüsse für zusätzliche Ausbildungsplätze den Betrieben zur Verfügung stellen. Diese Mittel wären gut angelegtes Geld für die Zukunft des Landkreises.

Norbert Sauer (FDP): Vorrangig ist für den Landkreis, den demographischen Veränderungen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Das bedeutet, dass nicht nur Betreuungs- und Schulkonzepte für die jungen und künftigen Landkreisbürger weiterentwickelt werden müssen, sondern vor allem ein „Seniorenkonzept“ verwirklicht werden muss, welches über spezielle Wohn- und Betreuungskonzepte hinaus auch die bestehende Infrastruktur (ÖPNV, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten) für Ältere verbessern muss.

Klaus Schröder (Die Linke): Eindeutig die Beseitigung der menschenverachtenden „Ein-Euro-Jobs“. Durch unser Projekt des „ehrlichen zweiten Arbeitsmarktes“ sehe ich große Chancen, Menschen wieder zu einer würdigen Arbeit zu bringen. Wir möchten die Bereitstellung dauerhafter, öffentlich geförderter, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung überwiegend im Gemeinwohl orientierten Bereich. Maßstab muss sein, dass eine Vollzeitätigkeit existenzsichernd ist und keine zusätzlichen Leistungen gezahlt werden.

2. Frage: Was muss der Landkreis vorrangig tun, um die Entwicklung der Gemeinden zu unterstützen?

Eck (CSU): Unterstützung und Förderung der neu gegründeten Allianzen auf wirtschaftlicher, kultureller, touristischer und sozialer Ebene. Außerdem muss das Regionalmanagement im Landkreis dauerhaft eingerichtet werden.

Töpfer (SPD): Bei der Wirtschaftsförderung kommt dem Landkreis eine wichtige Mittlerfunktion zwischen Investoren und Gemeinden zu. Dabei muss er auf ein Gleichgewicht zwischen der Zahl der entstehenden Arbeitsplätze und der Auswirkung der Neuansiedlungen auf das Natur- und Landschaftsbild achten. Die Energieagentur kann zu einer Erfolgsgeschichte werden: Beim Energiesparen und der regenerativen Energiegewinnung kann man den Kreis zu einem Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel machen.

Röder (Grüne): Als Faustregel gilt: „Was für den Landkreis gut ist, ist auch für die Gemeinden gut.“ Das Augenmerk muss sich stärker auf die strukturschwachen Gemeinden richten. Durch eine Senkung der Kreisumlage steht mehr Geld für Investitionen zur Verfügung, die Wirtschaftskraft wird erhöht. Auch in den Be-

reichen Energie und Klimaschutz steckt ein enormes Wertschöpfungspotenzial. Durch die konsequente Nutzung erneuerbarer Energiequellen können wir Kaufkraft in der Region lassen, Arbeitsplätze schaffen und erhalten.

Öftring (FW): Eckpunkte einer zukunftsweisenden Strategie für den Landkreis im Bereich der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung könnten sein: Förderung von regionalen Allianzen, Unterstützung von Gemeinden bei landkreisüberschreitender Kooperation, Übernahme der Kooperations- und Moderationsfunktion, Anlage von Programmen und Projekten (siehe REK), Entwicklung von Visionen und Programmen für den ländlichen Raum außerhalb der Landwirtschaft, Beratung, Unterstützung bei der Ortskernsanierung. Pohli (REP): Der Landkreis und seine Behörden sollten die Gemeinden weiterhin mit Rat und Tat unterstützen. Meine persönliche Forderung ist es, Druck in den Landtagen auszuüben, den Solidaritätszuschlag endlich abzuschaffen, dass die Kommunen und Bürger wieder mehr Geld haben. Die Kreisumlage sollte gesenkt werden, damit die Gemeinden eine bessere finanzielle Grundlage bekommen, die sie für ihre Entwicklung brauchen.

Sauer (FDP): Neben einer, bereits diskutierten, deutlichen Reduktion der Kreisumlage, ist die Förderung der ansässigen Unternehmen, vor allem der KMUs zu stärken. Beispielsweise durch eine Reduktion der Stellplatzablässe, um den Ausbau und die Neuansiedlung von Betrieben zu verbessern. Weiterhin ist die Eigenverantwortlichkeit der Gemeinden durch die Übertragung und Vereinfachung der verschiedensten Genehmigungsverfahren zu stärken und damit die Durchführung und Umsetzung zu beschleunigen.

Schröder (Linke): Es ist für uns besonders wichtig, dass alle Bürger an den wichtigen Entscheidungen beteiligt sind. So fordern wir neben den Möglichkeiten des Bürgerentscheids und des Bürgerbegehrens auch Bürgerforen oder „runde Tische“. Neben den „Erwachsenen“ müssen auch Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich in ihren Gemeinden einzubringen. Die Einrichtung von Seniorenbeiräten mit Antragsrecht für kommunale Gremien ist ein wichtiger Schritt der Selbstständigkeit für unsere Senioren.

3. Frage: Wie kann die Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und der Stadt Schweinfurt verbessert werden, vor allem mit Blick auf die Schulen und den ÖPNV?

Eck (CSU): Stadt und Landkreis profitieren in unterschiedlichen Themen voneinander. Einzelne Diskussionen verlangen nach Lösungen durch eine gesamtheitlichere Sicht. Die Politik sollte Fachleute aus Stadt und Land beauftragen, Lösungen für die Themen ÖPNV und Schulen zu erarbeiten. Ein Interessensausgleich darf dabei nicht zu kurz kommen.

Töpfer (SPD): Stadt und Landkreis können nicht ohne und schon gar nicht gegen einander. Vieles hängt an den Verwaltungsspitzen. Eine reibungsfreie Zusammenarbeit liegt jedoch im Interesse aller Bürger. Darum plädiert die SPD dafür, nach der Wahl aufeinander zuzugehen und Themen wie die Zukunft der FOS/BOS ebenso wie eine Attraktivitätssteigerung beim ÖPNV neu anzugehen. Dabei muss jeder bereit sein, Konzessionen zu machen. Der Kreis muss überlegen, ob sein bisheriger Mitteleinsatz im Nahverkehr ausreicht.

Röder (Grüne): Landkreis und Stadt müssen über ihren eigenen Tellerrand hinausschauen. Eine Möglichkeit ist, Zweckverbände einzurichten. Der Nahverkehr im Landkreis hat erhebliche Lücken, die wir dringend füllen müssen. Ein Nahverkehrsverbund mit Wabentarif und benutzerfreundlichen Preisen ist unerlässlich. Ein Zweckverband der weiterführenden Schulen, in dem die Kostenlast nach Schülerzahlen verteilt wird, kann den Investitions- und Ausbaustau auflösen. Eine Einigung bei der FOS/BOS ist dringend nötig.

Öftring (FW): Auch kommunale Partnerschaften beruhen auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt. Wenn jeder versucht, nicht zu viel Eigenes in die Partnerschaft zu investieren, blockiert sie sich ständig und kann auf Dauer nicht funktionieren. In einer guten Partnerschaft ist es so, dass einmal der eine Partner mehr investiert als er zurück bekommt, einmal der andere. Um Vertrauen zu schaffen, sind Gespräche sehr wichtig, daher schlagen die Freien Wähler jährlich zwei gemeinsame Sitzungen von Kreistag und Stadtrat vor.

Pohli (REP): Mit Blick auf die gemeinsamen Schulen (FOS/BOS) von Landkreis und Stadt Schweinfurt sowie den ÖPNV wäre es an der Zeit, die anfallenden Probleme auf einer breiteren Ebene zu lösen. Vorzuschlagen wäre ein Fachgremium, das die auftretenden Probleme löst.

Sauer (FDP): Zu allererst ist die sich bereits verbessernde Kommunikation zwischen Stadt und Landkreis weiter zu stärken und auf sachlicher Ebene zu führen. Den Entscheidungsträgern und Gremien muss klar werden, dass nur gemeinsame Anstrengungen die Region zukunftssicher machen. Die Zusammenarbeit muss getragen werden von einer Vision, die für Stadt und Land eine gleichberechtigte Gewinn- und Kostensituation schafft. Ziel muss ein einheitlicher ÖPNV-Tarif sein und ein ausreichendes Bildungsangebot für alle Schüler.

Schröder (Linke): Schülerinnen und Schüler sollten den ÖPNV kostenfrei nutzen können. Die Verantwortlichen von Kreis und Stadt müssen endlich eine umweltverträgliche und kostengünstige Lösung des Personennahverkehrs finden. So könnte die Einführung von günstigen „Zwei-Stunden-Tickets“ die Menschen aus den stadtnahen Orten ermutigen, Einkäufe in Schweinfurt erledigen. Auch die Kosten des von uns geforderten Sozialtickets könnten sich Stadt und Kreis teilen, da diese Menschen ihr Geld auch in Schweinfurt ausgeben.

4. Frage: Thema Tourismusförderung: Welche Initiativen kann der Landkreis ergreifen, um vor allem den Norden des Kreises attraktiver zu machen?

Eck (CSU): Der Landkreis Schweinfurt hat schon Initiative ergriffen. Mit dem Inhalt des ausgearbeiteten „Regionalen Entwicklungskonzepts“ (REK) liegen bereits viele mögliche Ziele vor. Die Unterstützung dieser Ziele muss bei den Entscheidern des Landkreises auf der Tagesordnung stehen.

Töpfer (SPD): Durch die regionalen Allianzen eröffnen sich Perspektiven, die auch von Kreisseite Beachtung verdienen und bereits erfahren. Am Ausbau des Radwegenetzes muss weiter gearbeitet, die Vermarktung ausgebaut werden. Allerdings sollte auch das Potenzial der Region gebündelt präsentiert werden. Gäste der Stadt und des südlichen Landkreises müssen auf die landschaftlichen und kulturellen Reize im Norden hingewiesen werden. Beim Thema Tourismus müssen wir engagiert, aber auch realistisch bleiben.

Röder (Grüne): Ein wesentliches Entwicklungspotenzial liegt im Tourismus. Wir müssen bei der Förderung einen Schritt weiter gehen und mit den Nachbarkreisen zusammenarbeiten. Einem Teil der Rhön-Touristen sollten wir die Sehenswürdigkeiten und Reize unseres Landkreises schmackhaft machen. Das heißt: Ausbau des Wanderwegenetzes und überregionale Werbung. Gute Ansätze sind im Förderprogramm Leader plus und im Regionalen Entwicklungskonzept. Attraktiv ist auch das Projekt „Seestern“ am Ellertshäuser See.

Öftring (FW): Hier verweisen wir als Beispiel auf das Projekt „Seestern“ im regionalen Entwicklungskonzept des Landkreises Schweinfurt: Akteure, Dienstleister und Anbieter rund um den Ellertshäuser See in einem noch zu gründenden Verein „Die Seeleute“ zusammenführen • Ausbau des Uferdeiches • Info- und Wanderzentrum am Ellertshäuser See/Schweinfurter Oberland • Camping- und Wohnmobilstellplatz • ÖPNV-Anbindung.

Pohli (REP): Beim Tourismus ist der Landkreis auf einem guten Weg. Um nur zwei Dinge hervorzuheben: erstens das Radwegenetz im Landkreis und das Leader-plus-Programm. Im nördlichen Landkreis am Ellertshäuser See sollte vor allen Dingen der Campingplatz am Seeufer neu angelegt werden, zusätzlich ausgestattet mit modernen Wohnmobilstellplätzen. Damit könnte man viele Wohnmobilurlauber und Radwanderer anlocken.

Sauer (FDP): Die in den letzten Jahren entwickelten Tourismuskonzepte (zum Beispiel die Mainbogen-Initiative) müssen weiterentwickelt, ständig auf ihre Wirksamkeit überprüft und miteinander vernetzt und gebündelt werden. Synergieeffekte sind zu nutzen und Alleinstellungsmerkmale für die gesamte Region zu entwickeln. Für den nördlichen Landkreis ist das bereits entwickelte und vorgestellte Kultur- und Tourismuskonzept endlich umzusetzen.

Schröder (Linke): Ein wichtiger Schritt für die Kreisentwicklung könnte die Umwandlung von Teilen des Steigerwaldes in einen Nationalpark sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die davon betroffenen Bürger des Landkreises Schweinfurt die Möglichkeit bekommen nach Anhörungen und Diskussionen mitzuentcheiden.

5. Frage: Fast alle Gemeinden schließen sich in Allianzen zusammen. Inwiefern könnte auch ein Zusammenschluss von Landkreisen ein Gewinn für die Region sein?

Eck (CSU): Es gibt im Bereich der Bildung klassische Beispiele wie die Berufsschulzentren, Landwirtschaftsschule, eventuell auch der Bereich FOS/BOS, wo eine engere Zusammenarbeit von Vorteil ist.

Töpfer (SPD): Interkommunale Zusammenarbeit ist gewiss eines der großen Themen der nächsten Jahre und Jahrzehnte. In einer kleiner werdenden Welt muss der ländliche Raum darauf bedacht sein, seine Interessen gegenüber Regierungen oder EU zu wahren. Das geht umso besser, wenn sich Nachbarn abstimmen. Auch der Streit um das Thema Nationalpark Steigerwald hat gezeigt, dass Fragen einer gewissen Tragweite nur dann konstruktiv diskutiert werden können, wenn zwischen den betroffenen Kommunen Vertrauen herrscht.

Röder (Grüne): Ein Zusammenschluss der Gebietskörperschaften zu einer Organisationseinheit ist nicht

sinnvoll. Aber eine punktuelle Zusammenarbeit in Zweckverbänden oder in Arbeitsgemeinschaften ist in jedem Fall zu unterstützen. Als Beispiel möchte ich hier die notwendige Zusammenarbeit bei soziale Einrichtungen wie der „Anlaufstelle gegen sexuelle Gewalt“ erwähnen. Sie werden regional gefördert; verlässliche Vereinbarungen der umliegenden Landkreise und der Stadt sind notwendig, um ihren Erhalt zu sichern.

Öftring (FW): An Netzwerkarbeit und grenzüberschreitender Kooperation geht kein Weg vorbei. Es besteht ein Zusammenhang zwischen kommunaler Wirtschaftspolitik und regionalem Wachstum unabhängig von den Rahmenbedingungen. Wir reden nicht dem Zusammenschluss von Kreisen das Wort, aber wir können uns eine Zusammenarbeit vorstellen. Es wäre eine Vision, die Region Schweinfurt/Würzburg oder Unterfranken in Industrie, Bildung und ÖPNV zu vermarkten als Gegenpol zu Nürnberg und Frankfurt.

Pohli (REP): Auch die Landkreise sollten überregional zusammenarbeiten. Zum Beispiel landkreisübergreifende Radwege, zugleich Förderung der Übernachtungsgastronomie, die bei Rad- und Wanderwegen nicht fehlen darf. Diese Linie wäre wichtig beim aktuellen Thema Naturpark Steigerwald. Die fünf betroffenen Kreise sollten eine gemeinsame Linie besprechen und mit ihren Bürgern diskutieren. Nur so kann eine Lösung gefunden werden, für die eine breite Mehrheit vorhanden ist – eventuell auch gegen Landtag und Brüssel.

Sauer (FDP): Selbstverständlich ist eine Beteiligung aller an einem Regionalen Entwicklungskonzept wünschenswert. Stärken und Schwächen der verschiedenen Landkreise können bereits heute durch Landkreis übergreifende Aktivitäten – sei es Tourismus, Wirtschaft oder ÖPNV und Schulen – gestärkt beziehungsweise reduziert werden. Dies wird durch eine liberale Kreistagspolitik ausdrücklich unterstützt werden.

Schröder (Linke): Allianzen zwischen Landkreisen sehe ich bei den Themen Umweltschutz (auch Schutz vor Genpflanzenanbau) und Energieeinsparung (Energieagentur), aber auch die Tourismusförderung kann übergreifend organisiert werden. Da die Gefahren des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld auch vor Kreisgrenzen nicht Halt machen, sollten die Landkreise und die Stadt gemeinsam mit den Umweltorganisationen einen funktionierenden Katastrophenschutzplan erarbeiten, der auch den Bürgern bekannt gemacht wird.